

Linksradikalismus und Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Monika Deutz-Schroeder

Die Betrachtung der historischen Entwicklung des Linksextremismus zeigt in der Argumentation, den politischen Zielen und Kampfmitteln deutliche Kontinuitäten von der revolutionären überwiegend kommunistischen Linken, die sich Anfang des letzten Jahrhunderts konstituierte, über die APO der 1960er Jahre bis hin zum Spektrum der links-extremen, sich als revolutionär verstehenden heutigen Linken. Dies schließt selbstverständlich Modifikationen mit ein, die sich aus dem Wandel der Zeit ergeben haben.¹

Die aktuelle linksradikale/linksextreme Szene steht insofern mehr oder weniger in der Tradition der zu Beginn des letzten Jahrhunderts entstandenen kommunistischen Bewegung und insbesondere zur 68er-Bewegung. Während sich der Bezug auf die kommunistische Tradition in marxistisch-leninistischen Parteien/Gruppen hält, beziehen sich Autonome und undogmatische Linke auf die Tradition der 68er und ihrer Folgebewegungen. Spätestens seit Ende der 1960er Jahre existiert in der Bundesrepublik ein vielfältiges Protestmilieu, das sich entlang verschiedener Konfliktlinien mit unterschiedlicher Intensität in Generationsschüben immer wieder erneuert. Die Grundzüge dieses Milieus sind ebenso wie die des Linksradikalismus und -extremismus bis zum heutigen Tag nahezu unverändert geblieben. Trifft dies auch auf den Politisierungsprozeß von Individuen zu, oder haben sich die Motive, linksradikal/linksextrem zu werden, gewandelt? Was verbindet und unterscheidet die 68er-Bewegung von der aktuellen? Diesen Fragen soll hier nachgegangen werden.

Die radikale/extreme Linke,² die in der Frühphase der Bundesrepublik zumeist im Umfeld der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen agierte, erlebte ab Mitte der 1960er Jahre mit dem Entstehen der Neuen Linken einen beträchtlichen Aufschwung. Für ein gutes Jahrzehnt dominierte diese politische Strömung an vielen Hochschulen und Schulen das politische Meinungsklima. Auch wenn seit den 1980er Jahren ihre politische Bedeutung rückläufig war, hat sich ein linkes Protestmilieu etabliert, das bei unterschiedlichen Anlässen und zu bestimmten Themen seine Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen lautstark und mitunter gewaltsam zum Ausdruck bringt. Insbesondere die Autonomen agieren nun schon seit mehreren Jahrzehnten an vorderster Front im Kampf gegen das bestehende System. Obwohl sich die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit und die inhaltliche Ausrichtung im Detail mitunter änderten, läßt sich

1 Vgl. hierzu Schroeder, Klaus /Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland. Berlin 2015, S. 97 ff.

2 Seit den 1950er Jahren faßten offizielle Politik und Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich angesehene und deshalb mittels rechtsstaatlicher Mittel zu bekämpfende Bestrebungen unter den Begriff „Radikalismus“. Nachdem Anfang der 1970er Jahre eine Zeitlang „radikal“ und „extrem“ synonym verwendet wurden, differenzierte der damalige Innenminister Maihofer zwischen „radikal“ und „extrem“. Eine (radikale) Verfolgung und Umsetzung von Zielvorstellungen auch mit grundsätzlicher Systemkritik wurde fortan toleriert, während extremistische Positionen seither an Demokratiefeindlichkeit und (zumeist) gewalttätige Methoden geknüpft und damit offiziell abgelehnt werden. Radikale Gesinnungen und Organisationen gelten demnach als verfassungsgemäß, extreme dagegen als verfassungswidrig. Da der Wechsel in der Begrifflichkeit während der Hochphase der linken Protestbewegung erfolgte, werden im nachfolgenden Text „radikal“ und „extrem“ nahezu synonym verwendet. Eine weiterhin schwer zu ziehende Differenzierung erfolgt bei der Betrachtung der aktuellen linksextremen Szene. Vgl. Heinemann, Mirko: Wirrwarr der Begriffe. In: Das Parlament 45/2005.

im Kern eine Kontinuität feststellen. Sie lehnen die Wirtschaftsordnung, die den Wohlstand brachte und sicherte, fundamental ab und sehen die politische Ordnung nur als spezifische Herrschaftsform der Wirtschaftsordnung. Gemeinsam ist allen Strömungen der radikalen und extremen Linken als erstes Ziel die Zerschlagung des „Kapitalismus“ und des bürgerlichen Staates. Der zweite Schritt – wie die neue Gesellschaft aussehen soll – bleibt weitgehend im dunkeln bzw. wird nicht konkretisiert. Sie propagieren eine neue Gesellschaft – sei es eine anarchistische oder kommunistische oder „befreite“ –, in der es allen Menschen besser geht.³

Während in der Bewegungsphase die radikale/extreme Linke das Paradies auf Erden versprach, sah dagegen die Herrschaftsphase seit der Gründung der Sowjetunion finster aus. Dort und in den anderen sich selbst als sozialistisch oder kommunistisch bezeichnenden Staaten herrschte Unfreiheit und Unterdrückung. Die neuen Herrscher ermordeten im Namen ihrer Heilsideologie Millionen Menschen. Von den propagierten Zielen blieb wenig oder überhaupt nichts übrig. Doch diese Realität blenden die meisten radikalen/extremen Linken aus.⁴ Sie wollen es besser als ihre Gesinnungsväter und -mütter machen.

Die Gründe für eine Hinwendung zum Linksradikalismus/Linksextremismus sind vielfältig und schwer zu verallgemeinern. Gewisse Aufschlüsse bieten Memoiren ehemaliger Linksradikaler/Linksextremer und Befragungen von linksaffinen Personen.⁵ Attraktivität und Verführungskraft kommunistischer bzw. linksextremer Ideologien sind nach wie vor gegeben, versprechen sie doch eine bessere Welt für nahezu alle Menschen: eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Ihre vermeintlich hehren Ziele bringen ihnen Zulauf von idealistisch eingestellten jungen Menschen. Insbesondere bei diesen ist der Protest als identitätsstiftendes Lebensgefühl geblieben, der die APO der 1960er und 1970er Jahre ebenso prägte wie große Teile der nachwachsenden Generationen. Der reale Sozialismus/Kommunismus und seine Verbrechen verblasen dagegen oder werden als historische Notwendigkeiten dargestellt.

Noch deutlicher wird die Kontinuität, wenn die linksextreme Szene der frühen 1970er Jahre mit der heutigen verglichen wird. Die Gewichte der einzelnen Strömungen innerhalb des linksextremen Lagers haben sich zwar zugunsten der undogmatischen und autonomen Linken verschoben und Themen und Aktionsfelder zum Teil geändert. Im Zentrum steht aber weiterhin die fundamentale Kritik des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft sowie der aktuellen Herrschaftsform insgesamt. Ungeachtet der Unterschiede zwischen orthodoxen Parteikommunisten, Linksautonomen und Anarchisten streben alle nach der Überwindung des bestehenden Systems eine „neue Gesellschaft“ an, ohne diese Vision zumeist näher zu erklären. Sofern sie überhaupt eine konkrete Vorstellung vom „Kommunismus“ haben, verstehen sie darunter nicht unbedingt das gleiche.

Nach wie vor offen ist die Frage, warum gerade zu dem Zeitpunkt, als sich in der Bundesrepublik eine Demokratie auf Basis von Freiheit, Wohlstand und Sozialstaat nachhaltig verfestigte, eine linke Jugendrevolte ausbrach. Wie kommt gerade die erste Generation derer, die in einem Europa ohne Kriege aufwachsen durfte, in dem es wirtschaftlich vorangeht, konkurrierende Parteien und freie Meinungsäußerung erlaubt sind, in dem alle Instrumente einer zivilen Gesellschaft zumindest potentiell bereit stehen,

3 Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital.

4 Vgl. Courtois, Stéphane (Hrsg.): Das Handbuch des Kommunismus. Geschichte, Ideen, Köpfe. München/Zürich 2010.

5 Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital, S. 473 ff.

eine Generation, die studieren kann und gute Berufsaussichten hat, dazu, die Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung zu postulieren? War es – wie liberale und konservative Theoretiker behaupten – eine „Wohlstandsrevolte“ einer Generation, die in physischer und materieller Sicherheit lebte und sich – anders als die Generationen vor ihr – Rebellion „leisten“ konnte? Oder war es ein Versuch, den Konsumzwängen zu entgehen und gleichzeitig älteren Generationen eine eigene Identität und eigene Vorstellungen gegenüberzustellen? War es nur Provokation oder Fundamentalopposition gegen die westliche Gesellschaftsordnung und die Bundesrepublik? Oder war es eine Jugendrevolte wie in anderen (westlichen) Staaten, die aufgrund der deutschen „Vorgeschichte“ in der Bundesrepublik (und in Italien und Japan) heftiger als woanders ausfiel? Und: Wie ist es heute? Werden junge Menschen in eine linke Szene „hineingeboren“? Oder ist es ein naiv-idealistischer Blick auf die Realität und die Illusion, ein Paradies auf Erden schaffen zu können, die junge Menschen in die linksextreme Szene führen? Lassen sich Analogien nicht nur zu 68, sondern auch zur Weimarer Republik herstellen, in der junge Menschen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums eine dynamische Alternative zum politischen System suchten?

1. *Blick zurück*

So vielfältig die 68er-Bewegung mit ihren unterschiedlichen Strömungen und Richtungen war, so unterschiedlich fällt die subjektive Bewertung aus. Sie spiegelt Heterogenität und Diversität der Bewegung wider. Unterschiede in der politischen Einschätzung kommen nicht zuletzt auch deshalb zustande, weil das politische Engagement der einzelnen differierte. Bei vielen standen zumindest zeitweise Kampf und Einsatz für politische Veränderungen an erster Stelle und gingen auf Kosten eines normalen oder „bourgeois“ Privatlebens. Andere setzten ihre Prioritäten im hedonistischen Bereich; für sie hatte die Lust an der Provokation Eventcharakter. Für wieder andere – vermutlich die breite Mehrheit – zählte politisches Engagement in Form von Teilnahme an Teach-ins und Demonstrationen und dem Studium der „Klassiker“ und der Frankfurter Schule zum studentischen Alltagsleben. Genauso wichtig waren aber die (gesellschafts- und kulturpolitischen) Veränderungen der Lebensformen im Umfeld der Bewegung. Einigkeit in der Einschätzung dürfte zumindest in der Banalität bestehen, die Revolte im Kontext des Zeitgeistes zu sehen.

Wie wird man „linksradikal/linksextrem“?

Eindeutige Ursachen für die Entstehung der linksradikalen Bewegung in der Bundesrepublik zu benennen, fällt schwer. Viele Jugendliche waren aus unterschiedlichen Gründen unzufrieden mit den Verhältnissen, in denen sie aufwuchsen, und der Lebens- und Arbeitswelt der Bundesrepublik. Sie postulierten ein neues Lebensgefühl, das sich fundamental von dem ihrer Elterngeneration unterschied. Kapitalismus erschien ihnen per se als negativ; provozieren ließ sich mit marxistischen, sozialistischen Parolen. „Autoritär“ war das politische Schlagwort, mit dem sie auch nicht-konservative Eltern bedachten. Sie forderten ein von Tabus freies radikales Denken ohne die gegebenen engen Konventionen und Grenzen.

Nicht nur Jugendliche, die ihre Eltern wegen ihrer konservativen Ausrichtung als politisch engstirnig empfanden, propagierten den Aufstand gegen ihre Eltern und das Establishment, sondern auch junge Menschen aus liberalen oder sozialdemokratischen Elternhäusern gingen auf die Barrikaden. Sie beklagten die mangelnde Toleranz der Elterngeneration in den 1960er und 1970er Jahren gegenüber Kritik und einer veränderten Lebensauffassung (Kleidung, Äußeres, Musik etc.). Engstirnigkeit und fehlende Bereit-

schaft, andere Denk- und Verhaltensweisen zu akzeptieren, politisierten und radikalisierten viele junge Menschen. Auf der politischen Ebene ging es nach ihrem Verständnis um „Offenheit und Aufklärung“ und das „Aufbrechen verkrusteter Strukturen im Nachkriegsdeutschland“. Im persönlichen Bereich schien die Teilhabe an der Bewegung neben der Ablehnung formeller Autoritäten, das Ausleben eines gewissen Freiheitsbedürfnisses und die Suche nach individuellen Glücksmomenten zu ermöglichen.

Die Teilnahme an Demonstrationen wirkte dabei ebenso identitätsstiftend wie eine gleichsam habituelle Uniformierung im Äußeren. Mit langen Haaren, Parka und Jeans bzw. Minirock ließen sich Eltern, Lehrer und generell Erwachsene provozieren. Außerdem konnte man bei anderen schon am Äußeren sehen, wer „dazu“ gehörte.

Was als antiautoritäre Revolte begann, endete in den frühen 1970er Jahren vielfach in Dogmatismus und Sektierertum – jedenfalls bei den Mitgliedern maoistischer Parteien und Gruppen.⁶ Doch Dogmatismus war schon in der antiautoritären Phase angelegt. Unter dem antiautoritären Habitus verbargen sich dogmatische politische Positionen und ein autoritärer Politikstil. Die Bewegung nannte sich antiautoritär – vertrat aber ihre antiautoritären Ansichten ziemlich autoritär. Widerspruch war nicht erwünscht bzw. wurde kaum geduldet.⁷

Diese „Bewegung“ begriff sich als „Avantgarde“, die über die vermeintlich „objektiven“ Interessen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung zu befinden hatte. Liberale Ansichten denunzierten die Aktivisten als bürgerlich und überholt. „Liberale Scheißer“ oder „Reaktionäre“ nannten die selbsternannten Revolutionäre Personen, die die politische und gesellschaftliche Ordnung verteidigten. Psychoterror gegenüber Andersdenkenden gehörte zum Alltag und „Umerziehungsprozesse des Volkes“ – ganz im leninischen Sinne – standen für sie auf der zukünftigen Tagesordnung. Mit dem Weg in den Dogmatismus und die Orthodoxie landeten die Maoisten dort, wo der dogmatische Flügel des SDS schon immer zu finden war: beim Recyclen der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung und einem Anknüpfen an den Marxismus-Leninismus. Die einen orientierten sich an Peking, die anderen an Moskau. Kleinere Strömungen wie die Trotzisten, Undogmatischen und Anarchisten spielten in diesem „roten Jahrzehnt“ (Gerd Koenen) eine nur untergeordnete Rolle.⁸

Unterschiede in den Sichtweisen resultieren nicht nur aus der Heterogenität der Bewegung, sondern auch aus dem unterschiedlichen Lebensalter ihrer Protagonisten. Ein nur geringer Altersunterschied führte sehr häufig zu einer völlig anderen „politischen Karriere“. Wer in den Jahren 1966 bis 1969 an Diskussionen und Aktionen des SDS (im weitesten Sinne) teilnahm, war anders politisiert als diejenigen, die sich erst ab Anfang der 1970er Jahre in einer Gruppe oder Partei engagierten und aufriefen und für die die Ereignisse Ende der 1960er Jahre, die sie als Schüler aus der Ferne beobachtet und bewundert hatten, (positiver) Mythos und Historie waren.⁹

6 Vgl. u. a. Kühn, Andreas: *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre.* Frankfurt/Main 2005; siehe auch Lönnendonker, Siegwald/Rabehl, Bernd/Stadt, Jochen: *Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Band 1: 1960–1967.* Wiesbaden 2002 und Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt.* Köln 2001.

7 Vgl. Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegwald: *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke,* 4. Aufl.. Essen 2007.

8 Vgl. Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegwald: *SDS; Koenen; Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt.*

9 Vgl. hierzu die unterschiedlichen Darstellungen in u. a. Aly, Götz: *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück.* Frankfurt/Main 2008; Hannover, Irmela/Schnibben, Cordt: *I can't get no: Ein paar 68er treffen sich wieder und rechnen ab.* Köln 2007; Kraushaar, Wolfgang: *Achtundsechzig. Eine Bilanz,* Berlin 2008; Mohr, Reinhard: *Der diskrete Charme der Rebellion. Ein Leben mit den 68ern.* Berlin 2008; Schneider, Peter: *Rebellion und Wahn. Mein '68.* Köln 2008.

Auch wer in einer mittleren Großstadt oder Kleinstadt lebte, war zumeist anders politisiert und agierte anders als Genossen in Frankfurt am Main oder West-Berlin. Von Rudi Dutschke und dem Marxismus hörten zwar nicht nur Gymnasiasten und Studenten, sondern auch Real- bzw. Hauptschüler und Lehrlinge. Aber Schüler und Studenten verfügten über mehr Zeit und Interesse, um an Schulungen und Arbeitskollektiven teilzunehmen. Kapitalkurse, aber auch Arbeitskreise, die über repressive Familienstrukturen aufklärten und sich unter anderem mit Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ befaßten oder Maos Schrift „Über den Widerspruch“ diskutierten, gehörten vielerorts zum Standardnachmittags- oder -abendprogramm.¹⁰

Irgendwie „links“ zu sein brachten jüngere Jahrgänge bereits aus der Schule als Selbstverständlichkeit mit. Es verkörperte „alles“ und stand für den Aufbruch in ein neues, anderes und gehofft „besseres“ Leben. Insofern bot das linke Milieu und seine Infrastruktur so etwas wie einen Rahmen, in dem dieses neue Lebensgefühl praktiziert werden konnte. Linkssein war insofern auch ein Versprechen: auf eine insgesamt bessere Welt – ohne „bösen Kapitalismus“. Die Marxsche Utopie vom Kommunismus als Paradies auf Erden, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen arbeiten (bzw. studieren) und leben kann, schien den meisten in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Neben der Rebellion gegen die konservative, spießbürgerliche Erwachsenenwelt, die sich in einem anderen „Lifestyle“ (Kleidung/Musik/neue Lebens- und Kommunikationsformen) äußerte, entzündete und radikalisierte sich der politische Protest an gesellschaftlichen „Ungerechtigkeiten“ und speziell am Krieg in Vietnam, dem Tod von Benno Ohnesorg und dem Attentat auf Rudi Dutschke sowie regional an Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr etc.

Befreiungsbewegungen in Dritte-Welt-Ländern, aber auch maoistische Regime hatten mitunter Heldenstatus, da in der eindimensionalen Überhöhung etwa des Stalin-Verehrers Che Guevara und der chinesischen Kulturrevolution kritische Betrachtungen außen vor blieben. Die chinesische Kulturrevolution etwa betrachteten viele als „antiautoritär“, weil gegen den Funktionärskörper der Kommunistischen Partei im Namen von Mao Tse-Tung aufgebeht wurde. Daß dieser die Jugend instrumentalisierte, um seine Machtposition zu erhalten und zu festigen, erschloß sich den Maoisten im Westen nicht. Außerdem war China weit weg, so daß man sich nicht mit den Opfern der Kulturrevolution beschäftigen mußte. Viele Mao-Anhänger bezogen ihr (rudimentäres) Wissen ohnehin ausschließlich aus der *Peking Rundschau* oder lasen neben der Mao-Bibel nur Maos Schrift „Über den Widerspruch“.¹¹

Weder die Verbrechen Maos noch Pol Pots in Kambodscha nahmen die westdeutschen Revolutionäre zur Kenntnis, im Gegenteil: Sie leugneten oder verharmlosten sie. Einigen wenigen galten sie als zwar unerfreuliche, aber letzten Endes unvermeidbare Akte auf dem Weg zur Revolution oder zur Abwehr der Konterrevolution. Bis zum heutigen Tag begreifen viele Linksextremisten Verbrechen bis hin zum Massenmord als eine „gute Sache“, als historische Notwendigkeit auf dem Weg zur neuen Gesellschaft.¹²

10 Reich, Wilhelm: Massenpsychologie des Faschismus (1933). Köln 1971; Tse-Tung, Mao: Über den Widerspruch (August 1937), <http://www.marxists.org/deutsch/referenz/mao/1937/wider/index.htm> (19.11.2014).

11 „Andere“ Informationen standen den Studenten auch schon in den 1960er Jahren zur Verfügung – wenn sie denn gewollt hätten: vgl. Domes, Jürgen: Vertagte Revolution – Der Einfluß von Struktur, Organisation und Herrschaftsmethoden der Kuomintang auf den Entwicklungsprozeß in China als Beispiel für die Politik nicht-totalitärer Einheitsparteien in Entwicklungsländern. Berlin 1967.

12 Die Gräueltaten des Vietkong und das Verhalten Nordvietnams thematisierten Linksradikale dagegen nicht oder begrüßten sie sogar. Hierüber berichtete schon damals der Journalist Uwe Siemon-Netto, der seine Erlebnisse und Erfahrungen kürzlich – nachträglich eindrucksvoll – dokumentierte: „Was

Einige Jahre später aber waren damals für viele die Ereignisse in Kambodscha, der Massenmord der Roten Khmer, neben den brutalen Morden der RAF der Anlaß, sich aus ihrem politischen Milieu zu lösen und/oder sozialistisch-kommunistische Regime kritischer zu betrachten. Hinzu kam, daß die Masse der 68er inzwischen gealtert war, ins Berufsleben eintrat und Familien gründete.

Bei welcher politischen Gruppe der einzelne letztlich landete, blieb oftmals dem Zufall überlassen. Vielfach ergab sich die politische Richtung über Diskussionen in der Wohngemeinschaft oder über das Studium. Politische Hochschulgruppen und Parteien wie auch die DKP engagierten sich Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre an Schulen und rekrutierten dort ihren Nachwuchs. Schüler politisierten sich durch Schulstreiks und gewannen neues Selbstbewußtsein, das ihnen die Aussicht auf Befreiung vom spießigen Elternhaus und von der bedrückenden Aussicht auf eine bürgerliche Karriere eröffnete. Die Gruppe bot „Familienersatz“ und politische Heimat zugleich. Insbesondere Studenten half die Mitarbeit in einer politischen Gruppe über Einsamkeit und Vereinzelung in der Großstadt hinweg.

Marxistisch-leninistische Versatzstücke zur Erklärung von (vermeintlich) repressiven Zwängen, denen nur mit (Gegen-)Gewalt begegnet werden könne, fanden insbesondere Anklang bei Sozialarbeitern oder in der Sozialarbeit engagierten jungen Menschen. Letztere gerieten häufig über ihr Engagement in der Roten oder Schwarzen Hilfe in das terroristische Umfeld der RAF und anderer terroristischer Gruppen. Manche Aktivisten bewegten sich mitunter haarscharf auf dem schmalen Grat der Legalität am Rande des terroristischen Umfeldes.¹³

Insbesondere in West-Berlin, Frankfurt am Main und Heidelberg waren die Trennlinien vor allem zwischen der Sponti-Szene und terroristischen Gruppen fließend. Zwar hegten viele Spontis eine Distanz gegenüber bewaffneten terroristischen Aktionen; sie lehnten diese jedoch nicht wie ihre maoistischen oder realsozialistischen Konkurrenten prinzipiell ab. Meist wußten sie, wer sich im Untergrund bewegte und an bewaffneten Aktionen teilnahm, aber niemand wäre auf den Gedanken gekommen, sie bei der Polizei zu „verpfeifen“. Auch ihnen gegenüber gab es eine Grundsolidarität. Alle empfanden sich als revolutionäre Linke, die irgendwann einmal – wenn es die Umstände erlauben – auch zur Waffe greifen würden. Die enge Verbundenheit zwischen Linksterroristen und Teilen der Spontis und das aktuell unterschiedliche Verständnis von Gewalt kamen auf einem Kongreß in Frankfurt am Main 1973 zum Ausdruck: „Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört, weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen, fordern wir sie von hieraus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runterzukommen von ihrer ‚bewaffneten Selbstisolation‘, die Bomben wegzulegen und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen.“¹⁴

Musik sowie neue und veränderte Lebens- und Kommunikationsformen spielten eine große Rolle. Sie konstituierten ein Lebensgefühl, das mit linksradikalen Ideen und Zielen verknüpft wurde. Lange Haare und Kleidungsstücke, die jedem bürgerlichen Modediktat widersprachen, zählten als Tabubruch bürgerlicher Normen: Beat- und Rockmusik, aber auch Western wurden für viele im linksradikalen Milieu identitätsstiftend. Filme wie „Viva Maria“ waren wie lange schwarze Ledermäntel à la Henry Fonda und

die Nordvietnamesen anrichteten, war die Vollstreckung einer ideologischen Doktrin und eines politischen Beschlusses ihres Regimes; es war institutionalisiertes Übel. Das Meucheln in My Lai und anderenorts war hingegen ein eindeutiger Verstoß gegen die Grundsätze des amerikanischen Rechtsstaats.“ Vgl. Siemon-Netto, Uwe: Duc, der Deutsche. Basel 2014, S. 116.

13 Vgl. Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Hamburg 2006.

14 Zit. nach: Kraushaar, Wolfgang: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotow-Cocktail, 1946–1995, Band 1. Hamburg 1998, S. 554.

Django gleichsam Kult; letztere weckten offensichtlich bei ihren bärtigen Trägern keine Assoziationen zu entsprechenden Mänteln der SS. Insgesamt gelangte Kleidung aus der Altkleidersammlung, Omas Mottenkiste und von Flohmärkten zu neuen Ehren. Zumindest in der undogmatischen Szene und bei den Spontis entstand eine neue Uniformierung. Wer als Mann keine langen Haare hatte und Jeans und Parka trug, wurde von vielen schräg angesehen.

Teach-Ins und endlose Diskussionen bei Vollversammlungen schweißten zusammen und betonten die eigene Wichtigkeit. Sie waren Teil einer linken Erlebniskultur – ‚Events‘, zu denen man kommen und gehen konnte, wie man wollte. Die meisten entwickelten ein liberaleres, mitunter auch entspanntes Verhältnis zur Sexualität, als sie es in ihrer Kindheit und frühen Jugend, vor allem auf dem Land und in kleineren Städten, gewohnt waren. Einschneidend – vor allem für Frauen – wurde die Existenz der Pille, die sexuelle Freiheiten ermöglichte, aber auch – ebenso wie häufig wechselnde Partnerschaften – zu psychischen Belastungen führen konnte. Die sogenannte sexuelle Toleranz, die sich Eifersucht als Tabu auf ihre Fahne schrieb, hatte neue Zwänge und auch Ängste in ihrem Schlepptau.

Teile dieser kulturellen Veränderungen hatten allerdings schon Anfang der 1960er Jahre nicht nur in der Bundesrepublik eingesetzt und führten bei großen Teilen der Jugend zu einem neuen und anderen Selbstverständnis als bei älteren Generationen, speziell dem der Eltern. Wohngemeinschaften galten als neue Lebensform. Vielfach halfen sie insbesondere in großen Städten, Isolation und Einsamkeit zu überwinden.

Das Zusammenleben führte aber auch zu zahlreichen Konflikten. Die Parole „Das Private ist politisch!“ galt als erstrebenswertes Ziel, führte aber nicht selten auch zum Zwang, denn es galt als „bourgeois“, ein Privatleben haben zu wollen. Die meisten Wohngemeinschaften propagierten die Überwindung (klein-)bürgerlicher Lebensformen. In einigen waren sogar Privaträume tabu oder es fehlten Zimmertüren. Auseinandersetzungen über die Pflichten des einzelnen – nicht zuletzt um die unterschiedlichen Toleranzgrenzen von Schmutz in Bad und Küche – gehörten zum Alltag, wobei nicht selten gerade Frauen als „emanzipatorischer Akt“ demonstrativ ihre häuslichen Pflichten vernachlässigten.

In vielen Wohngemeinschaften lebten (politische) Gesinnungsgenossen zusammen, das heißt, man engagierte sich in der gleichen Gruppe oder agierte im gleichen Milieu. Adressen „berühmter Wohngemeinschaften“ in Frankfurt am Main oder Berlin geisterter durch die linke Szene; hier konnten „wichtige Genossen“ gegebenenfalls kontaktiert oder kennengelernt werden.

Politisch „gemischte“ Wohngemeinschaften wie auch „gemischte“ Lebensgemeinschaften waren eher selten; ein politischer Richtungswechsel war in der Regel mit einem Ausschluß aus der Wohngemeinschaft verbunden, was nicht selten psychische Störungen oder auch psychiatrische Behandlungen zur Folge hatte.

Politisierungsprozesse

Ausgangspunkt für Politisierungsprozesse waren oftmals politische Arbeitskreise in der Schule, in denen die Teilnehmer aktuelle Fragen diskutierten. Neben allgemeinen Themen zur parlamentarischen Demokratie ging es um Nationalsozialismus/Faschismus, die Notstandsgesetze und vor allem um den Vietnamkrieg. Der Nationalsozialismus bzw. Faschismus interessierte jedoch häufig vor allem aus zwei Gründen. Zum einen ließ sich ohne großes Nachdenken ein Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus herstellen. Horkheimers These, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle vom Faschismus schweigen, war gleichsam linker Allgemeinplatz. Zum anderen führte

die personelle Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik zur Annahme, alle politisch Andersdenkenden seien ehemalige oder potentielle Nazis. Die Rede von „Faschisierungstendenzen“ oder dem „präfaschistischen System“ war bei einigen linksradikalen Gruppen selbstverständlich. Daß die Bundesrepublik in den 1960er Jahren von hoher sozialer und politischer Stabilität gekennzeichnet war, begriffen sie nicht. Worauf diese Stabilität gründete, blieb ihnen deshalb verborgen. Diese Realitätsblindheit charakterisiert Linksradikale/Linksextreme bis zum heutigen Tag.

Der Kapitalismus verkörperte das Reich des Bösen, schien verantwortlich für Auschwitz und My Lai und für alle anderen Verbrechen auf der Welt. Für viele Linksradikale war der angestrebte Sozialismus/Kommunismus oder auch Anarchismus die historisch gebotene Perspektive, um die Menschheit von allen Weltübeln zu erlösen.

Einschneidende Politisierungserfahrungen machten viele aber auch mit der Notstandsgesetzgebung. In der potentiellen Einschränkung der Grundrechte sahen sie nicht nur eine Gefahr für den Rechtsstaat, sondern einen Rückfall in die nationalsozialistische Vergangenheit. Sie befürchteten die institutionellen Vorkehrungen für die Errichtung eines neuen Faschismus in der Bundesrepublik. Die Motivation der Bundesregierung, Deutschland unabhängiger von den Alliierten zu machen, nahmen sie nicht zur Kenntnis.

Zur „Alltagserfahrung“ vieler junger Menschen zählte die Teilnahme an den sogenannten „Rote Punkt Aktionen“ gegen Fahrpreiserhöhungen Ende der 1960er Jahre. Neben der Blockade von Bussen und Bahnen organisierten sie mit Hilfe der Aktion Roter Punkt einen alternativen öffentlichen Nahverkehr, um die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung zu erreichen. Zentrum der Proteste, in die sich alsbald auch der SDS einschaltete, war Hannover. Für einige jüngere Teilnehmer an Aktionen in der Provinz wurden diese Aktionen zu „Schlüsselerlebnissen“ mit der Polizei, die oftmals mit unnötiger Härte gegen eher naiv und idealistisch agierende Jugendliche vorging.¹⁵

Der Vietnamkrieg war ein weiterer Aspekt für die Politisierung vieler junger Menschen. Über den Protest gegen den Vietnamkrieg sowie über die Teilnahme am Vietnamkongreß in West-Berlin radikalisierten sie sich und bekannten sich zur Solidarität mit der vietnamesischen Revolution, die als Teil der „sozialistischen Weltrevolution“ angesehen wurde. Vermittelt über die Beiträge Rudi Dutschkes stellten viele Aktivisten einen Zusammenhang zwischen der konterrevolutionären Rolle des US-Imperialismus in den kolonialen Befreiungskämpfen der Dritten Welt, der NATO und dem Kampf gegen Imperialismus und Spätkapitalismus in Westeuropa her.¹⁶

Der politische und moralische Protest gegen die Unmenschlichkeit der USA ging einher mit der Unterstützung des unterdrückten vietnamesischen Volkes. Der Vietkong galt als (positive) Befreiungsbewegung, die USA als (negative) imperialistische Macht. Die Parole „USA – SA – SS“ stellte nicht nur eine Analogie zum Nationalsozialismus her; sie stand zudem als Synonym für den (unterstellten) „alltäglichen Faschismus“, nicht nur in den USA. Die USA waren der Hauptfeind, weil sie sich – auch wenn globalpolitisch oder strategisch notwendig – mit Diktaturen verbündeten und versuchten, den Kommunismus und Befreiungsbewegungen zu bekämpfen. Ihr Postulat, Garant der „Freiheit“

15 Siehe auch: <http://www.ndr.de/geschichte/chronologie/sechzigerjahre/aktionroterpunkthannover2.html> (19.11.2014) und <http://www.infopartisan.net/archive/1967/266770.html> (19.11.2014).

In den frühen 1970er Jahren versuchte allerdings insbesondere die DKP, die Rote Punkt Aktionen parteipolitisch zu instrumentalisieren.

16 Vgl. u. a. Rudi Dutschke auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 in Berlin. In: SDS (Hrsg.): „Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus“. West-Berlin 1968.

zu sein, galt als reine Ideologie. Der Antiamerikanismus war eine verbindende Klammer zwischen linksradikalen Gruppen.

Aber auch die staatliche Reaktion in Form von harten bis brutalen Polizeieinsätzen bei Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg förderte die Politisierung und schürte oftmals eine Radikalisierung.

Marxistische Theorie und Praxis

Ein weiteres Feld für die Politisierung bot vor allem an den Universitäten und Gymnasien die marxistische Theorie, die die Lösung aller Probleme versprach. Regelrecht zum guten Ton gehörte es für Personen, die sich als „links“ verstanden, die Werke der „Frankfurter Schule“ zu lesen, auch wenn man sie nicht immer verstand, vielleicht auch mißverstand.

Für die Studenten der 1960er Jahre waren nicht nur Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* und grundsätzlich die Schriften der Frankfurter Schule „Pflicht“-Lektüre, sondern – für Studenten in Frankfurt – auch die (persönliche) Auseinandersetzung mit Adorno und später mit Habermas. In den 1970er Jahren orientierten sich undogmatische Linksradikale vorwiegend an westlichen Marxisten wie Marcuse, Sartre – später auch an französischen und italienischen Operaisten.¹⁷

Die Lektüre von Marx' „Deutsche Ideologie“ sowie „Das Kapital“ zählte ebenso wie Engels' „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ sowie die Teilnahme an Kapitalkursen zum linken „Pflichtprogramm“. Neben Versatzstücken marxistischer Theoretiker im weitesten Sinne spielten Schulungstexte eine Rolle, aber auch anarchistische Theoretiker (Bakunin) sowie die Psychoanalyse. Neben einem individuellen Erkenntnisgewinn versprachen diese Texte Aufklärung und Hilfestellung bei der politischen und historischen Analyse. Zudem zeigten sie Defizite in der schulischen Bildung, speziell im Geschichtsunterricht, auf und mit ihnen ließen sich Eltern und Lehrer bestens provozieren. Nicht immer ging es um Aneignung von Wissen, sondern auch um das Erlangen von Selbstbewußtsein, das die Teilnahme an Schulungskursen versprach.

Die politische Arbeit ließ wenig Zeit für ein „normales“ Studium, dessen Inhalte sowieso zumeist als „bourgeois“ oder „reaktionär“ abgetan wurden. Toleranz zählte bei den meisten Linken nicht zu den studentischen Tugenden. Viele Studenten übten sich in Vorlesungen und Seminaren in der „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft“, mit der Seminarinhalte liberaler und konservativer Dozenten sprichwörtlich „erschlagen“ wurden. Auch das „Sprengen“ von Lehrveranstaltungen, das im Zweifelsfall mit körperlichen Angriffen gegen politisch mißliebige Dozenten verbunden war, gehörte zum studentischen Alltag linker Aktivisten.

Studenten, die mit bestimmten linken Positionen nichts anfangen konnten oder ihnen ablehnend gegenüberstanden, gerieten schnell ins politische Abseits. Andersdenkende hatten es schwer, bei Vollversammlungen oder Teach-ins überhaupt zu Wort zu kommen. Wenn sie nicht schon von vornherein eingeschüchtert waren, sondern sich trautes, eine Rede zu halten oder eine kritische Frage zu stellen, piffen Linksradikale sie gna-

¹⁷ Vertreter des Operaismus waren u. a. Antonio Negri, Raniero Panzieri und Mario Tronti. Vgl. hierzu: Pozzoli, Claudio (Hrsg.): Spätkapitalismus und Klassenkampf; eine Auswahl aus den „Quaderni Rossi“. Frankfurt/Main 1972 und Tronti, Mario: Arbeiter und Kapital. Frankfurt/M. 1974. In der Bundesrepublik vertrat u. a. Karl Heinz Roth operaistische Theorien. Vgl. zum Beispiel Roth, Karl Heinz: Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zu Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u. a. München 1974.

denlos aus und beschimpften sie als „Revisionisten“, „Reformisten“ oder gar als „Faschisten“. Zum Teil galten schon linke SPDler oder Jusos als politische Feinde, die nicht zu Wort kommen sollten. Aber auch zwischen den sogenannten antirevisionistischen Gruppen gab es Streit und manchmal auch Prügeleien. Alle fühlten sich im Besitz der wahren Linie und hielten die anderen im besten Fall für Fehlgeleitete, im schlimmsten für Revisionisten. Zu sachlichen kontroversen Diskussionen kam es kaum.

Da sich die meisten für Revolutionäre hielten, die sich nicht mit bürgerlichem Wissen herumplagen wollten, kam die fachliche Ausbildung zu kurz. In einigen Fächern konnte man durch den ausschließlichen Besuch von Lehrveranstaltungen marxistischer Dozenten sein Studium absolvieren. Diese vermittelten den Studenten gleichsam das „Grundwissen für den jungen Revolutionär“. Die größtenteils unreflektierte „Kritik der bürgerlichen Wissenschaften“ unterstützten auch einige linke Professoren, die ihre Lehrveranstaltungen für ihre eigenen politischen Vorstellungen instrumentalisierten. Ihre Geringschätzung „bourgeoiser“ Wissenschaften und Wissenschaftler übertrug sich auf die Studenten, die sich bürgerlichen Wissenschaftlern argumentativ überlegen fühlten, weil sie mit dem Marxismus die einzig wahre Welterklärung anzubieten hatten. Vorsichtshalber argumentierten sie aber nicht mit den bürgerlichen Wissenschaftlern, sondern sprengten ihre Lehrveranstaltungen, wenn Streiks angesagt waren.

Streiks (im Hochschulbereich) und Demonstrationen waren Events im Kampf um eine bessere Welt. Die Teilnahme an einer Demonstration oder einem Teach-in war weit mehr als ein Pflichttermin. Es ging darum, die Kommilitonen oder die „Bevölkerung“ von den eigenen Zielen zu überzeugen. Gleichzeitig galt es, sich selbst der eigenen Bedeutung und moralischen Überlegenheit zu vergewissern. Diese spezielle Form der Selbstbestätigung führte nicht selten zu einem regelrechten Hochgefühl, schließlich war man auf dem Weg zur Revolution und gehörte zur zukünftigen Elite.

Das Ansehen linksradikaler Studenten war in bestimmten Kreisen und anpolitisierten Milieus relativ hoch, so daß zunächst kaum Zweifel an der eigenen Rolle entstanden. Die meisten sahen sich als „Durchblicker“, die, durch den Marxismus(-Leninismus) geprägt, meinten, alles erklären zu können. Schulungen und Diskussionen versprachen Aufklärung über die vermeintliche Verlogenheit des bundesrepublikanischen Systems, das Leben in einem Staat mit NS-Tradition und vor allem auch über die Verlogenheit der Legitimation des Vietnamkrieges und der Kolonialkriege generell. Die Zugehörigkeit zum linken Milieu ließ das Gefühl entstehen, Vorreiter der neuen Zeit und der neuen Gesellschaft zu sein. Zudem versprachen Zugehörigkeit und Mitarbeit in einer linken Gruppe oder Partei (einfache) Antworten auf Zweifel und mögliche Sinnfragen und boten dem Mitglied Familien- und Heimatersatz. Einmal in der sozialistischen/kommunistischen Bewegung angekommen, waren alle Sinnfragen beantwortet, wenn auch um den Preis der Delegation solcher Grundfragen an die Überinstanz – die Partei. Als Teilhaber und Teilnehmer der historischen Mission der Partei wuchs subjektiv die Bedeutung des einzelnen, der den richtigen Glauben und die historische Wahrheit gegen Normabweichungen und Dissidenz verteidigen mußte.

Die Gewaltfrage

Eine maßgebliche Rolle innerhalb der radikalen Linken spielte das Thema der Gewalt. Als Gewalt des Systems galt zum einen die Staatsgewalt der Herrschenden in Form der Polizei und zum anderen die strukturelle Gewalt des Systems, sprich: des Kapitalismus. Die eigene Gewalt verstanden sie als Gegengewalt. Für die Älteren waren die Schriften

Frantz Fanons zur Gewalt der Herrschenden sowie Johan Galtungs Theorie der strukturellen Gewalt für ihr Denken oder Handeln ausschlaggebend.¹⁸ Rudi Dutschke propagierte schon frühzeitig „Gegengewalt“ als legitim, da das herrschende System dadurch seine Maske fallen lasse und gezwungen sei, sein „wahres Gesicht“ zu zeigen. Gegenwehr galt auch als Befreiung aus der Ohnmacht gegenüber Gummiknüppeln und Tränengas seitens der Polizei.¹⁹

Gewalt war von Beginn an in der Idee des außerparlamentarischen Widerstands angelegt, in dem es nicht zuletzt um Machtproben mit der Polizei ging.²⁰ Im Laufe der Radikalisierung der Bewegung nahm die Gewaltbereitschaft zu – Gewalt gegenüber Sachen war grundsätzlich weniger tabu (oder gar nicht tabu) als Gewalt gegenüber Personen. Militanz galt als Gegenwehr und damit als gerechtfertigt, um das illegitime Gewaltmonopol des Staates, das „Instrument der Herrschenden“, zu brechen. Da die herrschende Klasse nicht freiwillig und friedlich abtreten würde, sei eine Revolution notwendige Voraussetzung der Gesellschaftsveränderung. Zur Revolution gehöre aber auch Gewalt.²¹

Für die meisten Linksradikalen sollte diese Revolution aber von einer Mehrheit des Volkes ausgehen bzw. getragen werden. Sie selber – als die Avantgarde – hatten die Aufgabe, die arbeitende Bevölkerung aufzuklären und zu überzeugen. Marxisten-Leninisten vertraten die Parole „Nicht illegal sein und auch nicht anarchistisch, sondern legal die Weltrevolution erkämpfen“. Spontis dagegen propagierten: „Legal, illegal, scheißegal!“ Teile von ihnen bildeten Jahre später den Kern der in hohem Maße gewaltbereiten autonomen Szene.

Bei vielen veränderte sich die Hemmschwelle gegenüber der Gewaltanwendung insbesondere nach Auseinandersetzungen mit der Polizei, beispielsweise auf Demonstrationen. Das Verhalten der Polizei auf der Anti-Schah-Demonstration 1967 in Zusammenhang mit dem Tod Benno Ohnesorgs wurde für viele ältere Aktivisten zum Schlüsselerlebnis.

Auch wenn das Thema (Gegen-)Gewalt Gegenstand zahlreicher Diskussionen und Teach-ins war, blieb es bei den meisten Linksradikalen bei Gewaltphantasien. „Wirkliche“ Gewalt käme erst in einer „revolutionären Situation“ zum Einsatz, argumentierten sie. Dabei dürfte der Blick auf die eigene berufliche Karriere nach Abschluß des Studiums und auch die Angst vor körperlichen Auseinandersetzungen eine nicht thematisierte Rolle gespielt haben. Letzteres kompensierten manche Linksradikale mit übersteigertem Verbalradikalismus. Was eine „revolutionäre Situation“ sein würde, wann sie einträte und wie die gewaltsame Machtübernahme von statten gehen würde, blieb so lange eine

18 Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/Main 2001; Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek 1982.

19 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf. In: Kraushaar, Wolfgang: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburg 2005; Lönnendonker, Siegfward/Rabehl, Bernd/Staadt, Jochen: Die antiautoritäre Revolte.

20 Siehe auch: (Anonym = Dutschke, Rudi/Enzensberge, Hans-Magnus/Horlemann, Jürgen/Nirumand, Bahman/Schneider, Michael/Schneider, Peter/Salvatore, Gaston/Siepmann, Eckhard: Gewalt in den Metropolen. In: Konkret Nr. 6, 1968.

21 Vgl. hierzu: Eisel, Stephan: Gewaltverherrlichung als 68er-Erbe, http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/1968/1968_eisel.pdf (21.11.2014), S. 72.

Fata Morgana, bis in den frühen 1970er Jahren Mitglieder der RAF und ihr terroristisches Umfeld begannen, reale Gewalt auszuüben.²² Fatalerweise waren von dieser Gewalt nicht nur die sogenannten Herrschenden betroffen, sondern auch „das Volk“ – in Gestalt von Fahrern, Personenschützern und Polizisten.²³

Die meisten linksradikalen Gruppen hegten gegenüber terroristischen Gruppen eine politische Distanz. Dennoch gelang es Mitgliedern von RAF, Bewegung 2. Juni oder auch den Revolutionären Zellen immer wieder, das Prinzip linker Solidarität einzufordern und auch zu erhalten.²⁴

Der kapitalistische Staat Bundesrepublik

Die Bundesrepublik galt allen Linksradikalen als in erster Linie kapitalistischer Staat mit einer nur formalen Demokratie. Allgemein war der Staat (im Marxschen Verständnis) der organisierte Ausdruck des Kapitals, der die Massen unterdrückt und sie hindert, ihre wahren Interessen zu erkennen. Den westdeutschen Staat werteten sie als reine imperialistische Unterdrückungsmaschine und hielten den Parlamentarismus für eine Schmierkomödie. Hinsichtlich der Bewertung von Rechtsstaat und Pluralismus gab es unterschiedliche Einschätzungen. Eher undogmatisch Orientierte akzeptierten den Rechtsstaat in gewisser Weise, wenngleich sie ebenfalls die Ungerechtigkeiten des bundesrepublikanischen Systems anprangerten. ML-AktivistInnen hielten dagegen Rechtsstaat und verordneten Pluralismus für staatliche Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und das Volk (Waffe der Herrschenden im Klassenkampf). Ihr Ziel war der Sozialismus/Kommunismus – allerdings ohne Meinungsfreiheit, denn aus ihrer Warte hatte ja die Partei immer recht.

Auch ohne große theoretische Herleitung war man sich einig, daß die (formale) bürgerliche Demokratie und der Faschismus nur zwei Seiten der gleichen Medaille – des Kapitalismus – seien. Hieraus resultierte eine tiefgehende Geringschätzung und Diffamierung bürgerlicher Freiheiten

In allen politischen Gruppierungen existierten ausgeprägte Hierarchien. Zwei bis drei Leute bestimmten meist die Diskussionen und gaben Mittel und Ziele der Aktionen vor. Die Masse hörte zu oder warf hier und da eine kleine Ergänzung in die Diskussion ein. Erst wenn das Plenum oder die Gruppendiskussion beendet war, fiel die Kommunikation zwischen den einzelnen Teilnehmern reger aus. Die Genossen an der Spitze der Bewegung wähten sich immer im Recht. Widersprochen wurde ihnen selten. Vielleicht drückten sie auch nur das schneller und geschickter aus, was die anderen ohnehin dachten. Einige waren zudem nur in der Gruppe, um menschliche Kontakte und Beziehungen zu entwickeln und zu pflegen und hatten wenig Interesse an theoretischen Diskussionen. Wieder anderen waren die persönlichen Beziehungen weitgehend egal. Sie wollten ihre theoretische Brillanz unter Beweis stellen. In den Diskussionen spielten Frauen eine nur untergeordnete Rolle.

Was ist geblieben?

Der politische Teil der Bewegung scheiterte nicht zuletzt an der gesellschaftlichen Realität, die der breiten Mehrheit der Bevölkerung längst ein Leben in Freiheit und Wohlstand ermöglicht hatte. Die Annahmen, alles sei schlecht und würde entsprechend der

22 Vgl. Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus. Hamburg 2006.

23 Siehe hierzu u. a. Siemens, Anne: Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus. München 2007.

24 Jürgen Seifert, http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online_artikel/online_artikel_detail/browse/7/back/erscheinungsdatum/article/vom-58er-zum-68er-ein-biographischer-rueckblick/ (21.11.2014).

marxistischen Verelendungstheorie immer schlechter werden, stimmten offensichtlich nicht. Insofern blieben auch die Behauptungen, die miserablen gesellschaftlichen Verhältnisse führten unweigerlich erst zur Revolte und dann zur Revolution, Phantasiegebilde. Die Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Realität war der Hauptgrund für das Mißlingen der Revolte. Der Griff in die kommunistische oder anarchistische Mottenkiste führte zu einer ideologisch verblendeten Sicht der Realitäten.²⁵

Der Eintritt ins Berufsleben bedeutete häufig einen regelrechten Realitätsschock, der zu einem mehr oder weniger harten Bruch mit der politischen und ideologischen Vergangenheit führte. Die wirkliche Welt sah ganz anders aus, als der Blick durch die ideologische Brille sie zuvor erscheinen ließ. Dennoch führte die beginnende Distanz zu den ehemals politisch radikalen Positionen kurzfristig selten zu einem Bruch mit dem gesamten linken Milieu. Bei einigen halten persönliche Freundschaften bis heute. Geblieben ist auch eine diffuse linke Solidarität, vor allem bei denen, die von der radikalen zur gemäßigten Linken gewechselt sind und inzwischen auf Reformen statt auf Revolution setzen. Aufgrund der eigenen Geschichte zeigen sie viel Sympathie für die radikale/extreme Linke, die auch Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ausschließt.

Der Wandel in den Lebens- und Kommunikationsformen zeigt sich, auch wenn die Zugehörigkeit zum linken Milieu geblieben ist. Die Anpassung der Kleiderordnung insbesondere bei Männern (Anzug und Krawatte) war für die meisten ins Berufsleben gewechselten Linksradikele kein Problem. Dies trifft insbesondere auf ehemalige Peking- und Moskau-Freunde zu, die nicht nur in der Politik, insbesondere bei den Grünen und in der SPD, schnell Karriere machten. Auch im Wirtschaftsleben tummel(te)n sich viele ehemalige maoistische Kader. Ehemalige undogmatische Linksradikele haben dagegen stärker ihre individuelle Lebensauffassung in das neue bürgerliche Leben gerettet. Einige von ihnen behielten zumindest ihren ironischen Blick auf Menschen und Gesellschaft bei, der mitunter ins Zynische abgleitet. Allerdings bestimmt bei allen das jeweilige berufliche Umfeld Verhalten und Kleiderordnung.

Wie die eigene linke politische Vergangenheit nachträglich bewertet wird, scheint jedoch nicht zuletzt vom weiteren Lebensweg bestimmt zu sein.²⁶ Wissenschaftliche oder journalistische Tätigkeit führt offenbar entweder zu einem besonders kritischen oder weitgehend unkritischen Rückblick, je nachdem, in welcher Funktion und in welchem Bereich der einzelne arbeitet. Ehemalige Aktivist(e)n, die in der Wirtschaft tätig sind, haben ihre linksradikale Vergangenheit einfach hinter sich gelassen und einen stärkeren Bruch vollzogen. Ihnen nützte in ihrem neuen Beruf manches, was sie an Selbstdisziplin und Kadergehorsam gelernt hatten. Wer im sozialen und wissenschaftlichen Bereich tätig ist und noch immer an alten Vorstellungen und Zielen hängt, hat zumindest keine beruflichen Nachteile zu fürchten.

Eine gewisse Distanz zum Gesellschaftssystem, aber vor allem die gemeinsame Vergangenheit, einen die meisten ehemaligen Linksradikele, die inzwischen größtenteils zu den Rentnern gehören. Kontakte zu jungen Linksradikele haben – jenseits vielleicht der eigenen Kinder – nur wenige ehemalige Linksradikele.

25 Vgl. die Einschätzungen ehemaliger Linksradikele/Linksextremisten in: Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital, S. 473.

26 Siehe hierzu u. a.: Hannover, Irmela/Schnibben, Cordt: I can't get no.

2. Linksaffine Jugendliche heute

Obschon seit den 1980er Jahren die linksradikale/linksextreme Szene stark geschrumpft ist, hat sich über die Jahre hinweg eine linke bis linksextreme Kritik an der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik und der westlichen Demokratien als Kontinuität gehalten.²⁷ Mit dem Untergang der sozialistischen DDR und der Wiedervereinigung hat sich die linke Szene deutlich verändert. Die zumeist älteren, in der DDR sozialisierten Kommunisten mögen eine ähnliche Kritik am bestehenden System üben wie junge, sich als autonom verstehende Revolutionäre, aber in Habitus und Lebensgefühl sind sie Welten voneinander entfernt. Die erst in PDS und dann „Die Linke“ umbenannte SED hat es im letzten Jahrzehnt vermocht, im Westen die Reste der alten marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Parteien und Gruppen einzusammeln. Hierdurch vergrößerte sich die Zahl der linksextrem eingestellten Parteimitglieder und Sympathisanten. Von den maßgeblichen Personen her ist die Partei jedoch nicht als extremistisch, sondern allenfalls als linksradikal einzuschätzen.²⁸

Die Trennlinien zwischen gemäßigter, radikaler und extremer Linker sind nicht nur in der Partei Die Linke schwer zu ziehen, sondern auch in den linken Milieus großer Städte. Sie leben im gleichen Umfeld, benutzen die gleiche Infrastruktur und schimpfen alle über das bestehende System. Gleichwohl gibt es innerhalb des linken Lagers eine, nicht immer offen ausgesprochene Trennlinie.

Extreme Linke halten Deutschland und andere westliche Länder nicht für eine Demokratie, bejahen einen prinzipiellen Systemwechsel, befürworten zumindest Gewalt gegen Sachen und sind fundamental gegen die aktuelle Wirtschaftsordnung. Ihrem Selbstverständnis nach sind sie Revolutionäre. Gemäßigte Linke halten Deutschland zwar für eine Demokratie, erkennen aber viele Schwächen und Defizite und vor allem einen zu großen Einfluß der Wirtschaft. Sie fordern mehr direkte Demokratie, argumentieren kapitalismuskritisch, halten den Sozialismus alter Prägung jedoch nicht für eine Alternative.

Die Jugendlichen unterscheiden sich also in ihrem Verhältnis zur praktizierten Demokratie, zu einem möglichen Systemwechsel und im prinzipiellen Verständnis von politisch motivierter Gewalt. Gemeinsam ist ihnen die Kritik am Wirtschaftssystem, die einmal vernichtend und einmal moderat ausfällt. Extreme Linke möchten den Kapitalismus und „seine“ politische Ordnung überwinden und ein neues, zumeist nicht weiter spezifiziertes System einführen. Gemäßigte Linke plädieren dagegen für Reformen und möchten die Gesellschaft sozialer gestalten.

Auch heute politisieren sich die meisten Jugendlichen im Alter von 15 bis 16 Jahren – anders als in den 1960er/1970er Jahren jedoch vor allem durch Eltern bzw. Geschwister und in zweiter Linie durch Freunde oder Partner. Schule und Hochschule spielen eine nur untergeordnete Rolle. In vielen Familien scheint oft über Politik gesprochen zu werden, oder Eltern oder Geschwister engagieren sich in linken Parteien. Nach wie vor besteht offenbar unter Jugendlichen eine Sehnsucht nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe – nicht nur aus politisch-ideologischen Motiven. Auch Musikrichtungen (Punk) oder ein bestimmter Kleidungsstil spielen eine Rolle.

Die meisten linken Jugendlichen halten die Bereiche „soziale Gerechtigkeit“, „Chancengleichheit“, „Armut“ und andere Dimensionen des Sozialstaats für die wichtigsten

27 Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital, S. 529 ff.

28 Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden 2014, S. 116 f.

politischen Themen. Sie empfinden Deutschland als ein Land, das sozial ungerecht (geworden) ist und speziell Armen und Ausländern nur wenige Aufstiegschancen bietet. Der Staat müsse für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen, da die Wirtschaft bzw. das Kapital zu viel Einfluß habe. Ein sozialer Staat müsse den Kapitalismus zügeln bzw. benutzen, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Nicht alle linksaffinen Jugendlichen präferieren allerdings trotz ihrer Kapitalismuskritik eine sozialistische oder kommunistische Staatsform.

Radikale linke Jugendliche fordern mehr Staat, weniger Markt und mehr Umverteilung von oben nach unten sowie langfristig eine Abschaffung der Marktwirtschaft bzw. die Überwindung des Kapitalismus, gemäßigte sehen den Staat in der Pflicht, mehr Aufstiegsmöglichkeiten für jüngere Menschen zu schaffen und das Bildungssystem durchlässiger zu gestalten.

Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antirassismus und Antifaschismus sind ebenfalls zentrale Themenbereiche. Eine Mehrheit spricht Neonazis/Rechtsextremisten Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht ab und fordert ein Verbot der NPD und anderer neonazistischer Gruppen. Rechtsextremisten bzw. Neonazis billigen sie keine demokratischen Grundrechte zu. Selbst gemäßigte Linke sehen die Grenze dort, wo Rechtsextremisten Rechte für sich in Anspruch nehmen oder einfordern, um zu propagieren, daß sie diese Rechte für andere einschränken wollen. Kritik üben linksaffine Jugendliche an der weiten Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Die etablierten Parteien seien reaktionär – wenn nicht gar – wie insbesondere die AfD – faschistisch angehaucht.²⁹

Auf Demonstrationen insbesondere in großen Städten wie Berlin, Hamburg und Frankfurt zeigt sich als ein emotional hoch aufgeladenes Thema die Problematik des Umgangs mit Flüchtlingen. Eine Mehrheit vertritt die Meinung, Deutschland als eines der wohlhabendsten Länder der Welt trage Verantwortung für den Rest der Welt und müsse daher auf einen Teil seines Wohlstandes zugunsten der Flüchtlinge verzichten. Aus humanitären Gründen sollten deutlich mehr – wenn nicht alle – Personen, die ins Land kommen wollen, aufgenommen werden. Während radikale Linke für die Aufnahme aller Migranten plädieren, halten gemäßigte Linke dies für wenig realistisch und wollen nur die Aufnahmebedingungen verbessern.

Gemäßigte linke Jugendliche bewerten Deutschland zwar grundsätzlich als Demokratie, heben jedoch Schwächen hervor. Sie befürworten die in der Verfassung verankerten Grundrechte, sehen sie aber durch zunehmende Überwachung gefährdet. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Macht von Lobbyisten, die Politikern vorschreiben wollen, was sie tun sollen. Sie fordern mehr basisdemokratische Elemente und plädieren für die Einführung direkter Demokratie oder eine Umwandlung des Parlamentarismus in eine Räte-demokratie unter Beibehaltung der Gewaltenteilung. Linksradikale Jugendliche betonen hingegen, Reformen würden am formalen Charakter der repräsentativen Demokratie nichts ändern.

Nahezu alle gemäßigten Linken, aber auch viele Linksradikale verweisen auf den Unterschied zwischen dem Privateigentum an Produktionsmitteln und individuellem privaten Besitz. Privateigentum sei bis zu einem bestimmten Punkt in Ordnung, aber die Anhäufung von Millionen oder Milliarden Euro an Geld oder Immobilien hingegen sozial ungerecht. Erst die Überwindung des Kapitalismus mache eine andere Gesellschaftsform und Verteilung möglich.

29 Vgl. Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital, S. 529 ff.

Die grundsätzliche Kritik am westlichen System entzündet sich in Demonstrationen anlässlich von G8-/G7-Gipfeln, der Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr, gleich welcher Motivation sie sind, und der Austeritätspolitik der Bundesregierung innerhalb der EU. Die Bezugnahme auf marxistisch(-leninistische) Theoretiker ist deutlich weniger ausgeprägt als bei den linksradikalen Altvorderen. Heute reichen schon einige marxistische Versatzstücke aus, um als revolutionär zu gelten.

Systemwechsel?

Anders als in den 1960er/1970er Jahren sind heute deutlich weniger linke Jugendliche für einen grundsätzlichen Systemwechsel; eine sehr breite Mehrheit gehört zur gemäßigten Linken und will keinen derartigen Systemwechsel. Reformen sollen den Weg zu einer besseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung ebnen. Für anpolitisierte Jugendliche stellt diese gemäßigte Linke eine Alternative zur gewaltbereiten extremen Linken dar, wenngleich letztere bei Aktionsbündnissen und Demonstrationen die gemäßigte Linke oftmals nicht nur unter verbalen Druck setzt.

Ob Gewalt prinzipiell zur Durchsetzung politischer Ziele gerechtfertigt ist und ob sie selbst Gewalt anwenden würden, ist ähnlich offen wie seit den 1960er Jahren. Begründungen für politisch motivierte Gewaltanwendung beziehen sich zumeist auf die Geschichte: Ein Systemwechsel sei nun einmal ohne Gewaltanwendung nicht möglich, da die Herrschenden ihre Macht um jeden Preis sichern und nicht abgeben wollen. Wie eine Replik aus alter Zeit klingt die Argumentation, „linke Gewalt“ sei immer eine Reaktion auf die „strukturelle Gewalt des Systems“, des Kapitalismus, zum Beispiel auf situationsbedingte Gewaltanwendung bei Demonstrationen und Blockaden, bei denen Demonstranten durch Übergriffe der Polizei zur Gegengewalt gezwungen würden. Gewalt gegen Sachen könne auf Mißstände aufmerksam machen. Eine Distanzierung von linken Gewalttätern lehnen die meisten linksaffinen Jugendlichen ab. Viele von ihnen haben ihre naiv-idealistische Einstellung beibehalten und nur links eingefärbt.

3. Fazit: Warum wird man links bzw. linksradikal oder linksextrem?

Seit den frühen 1960er Jahren läßt sich eine Kontinuität linker jugendlicher Protestbewegungen in der Bundesrepublik beobachten. Offenbar macht das Leben auch in einer freien Gesellschaft, in der konkurrierende Parteien und freie Meinungsäußerung erlaubt, ja sogar gefordert sind, anfällig für (radikale bis extreme) Kritik an dieser Gesellschaft, die bis hin zum Ziel ihrer Zerstörung geht. Auffällig ist zudem, daß diese gesellschaftliche Fundamentalkritik an eine – in westlichen Gesellschaften ausgedehnte – Adoleszenzphase gekoppelt ist und sich meist mit Beginn des Berufs- und Familienlebens abschwächt. Hier bestehen Ähnlichkeiten zu rechtsradikalen und rechtsextremen Jugendgruppen.

Der Vergleich zwischen der linksradikalen/linksextremen Bewegung der 1960er/1970er Jahre und den entsprechenden heutigen Gruppen und Parteien zeigt erstaunliche Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede.³⁰

Gemeinsam ist beiden Bewegungen die

- Charakterisierung und Ablehnung der praktizierten Demokratie als formale Demokratie, die vom Kapital bzw. der Wirtschaft gesteuert werde.
- prinzipielle Rechtfertigung von revolutionärer Gewalt als Gegengewalt gegen die strukturelle und operative Gewalt des Systems.
- Revolutionsrhetorik und das Freund-Feind-Denken.

30 Vgl. Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika: Gegen Staat und Kapital, S. 602 ff.

- prinzipielle geringe Distanz linksextremer Gruppen zu linksterroristischen. Wer ins terroristische Lager abrutschte oder abrutschen könnte, war und ist nicht vor auszusehen.
- Ablehnung des Pluralismus, allenfalls Propagierung eines internen linken bzw. linksradikalen Pluralismus.
- permanente Zersplitterung der Gruppen/Parteien.
- erlebte Militanz zur Stiftung von politischer und individueller Identität und Gemeinschaftsgefühl.

Unterschiedlich ist:

- An die Stelle von Generationskonflikten im weitesten Sinne ist heute eher Übereinstimmung im prinzipiellen Sinne zwischen Eltern oder älteren Geschwistern und jugendlichen Linksradikalen/Linksextremisten getreten. Mitunter erfolgt(e) gar eine linksradikale oder linksextreme Sozialisation im Elternhaus.
- Gleiches gilt für viele Lehrer, die 1968 ff. das System verteidigten, heute hingegen eher systemkritisch sind.
- Die heutige Bewegung ist in der Breite weniger theorielastig als seinerzeit APO und Neue Linke.
- Der heutigen Bewegung mangelt es an Autoritäten (wie zum Beispiel Rudi Dutschke).

Die 68er-Bewegung war zwar keine ausschließliche Jugendbewegung, sprach aber insbesondere die junge Generation an und vermittelte ihr – auch vor dem Hintergrund einer weltweiten jugendlichen Protestbewegung – ein neues Lebensgefühl. Ehemalige Linksradikale waren fasziniert von der Dynamik der Bewegung, die sich gegen alles stellte und glaubten, mit Hilfe des Marxismus(-Leninismus) alles erklären zu können. Sie fühlten sich als zukünftige „Sieger der Geschichte“ mit einem politisch-moralischen Recht, die Revolution zu fordern. Die Bewegung gab vielen von ihnen Identität und Halt; Konfrontationen mit der Polizei und Vertretern des Establishments verstärkten ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Erst langsam erkannten viele, wie stark in der Bewegung Individualität verloren ging und daß sie die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik (zum Teil völlig) falsch eingeschätzt hatten.

Die Attraktivität heutiger Gruppen stellt sich unterschiedlich dar: Autonome und Antifa-Gruppen sprechen eher junge Menschen an, die – und dies auch noch für eine „gute Sache“ – etwas erleben wollen. Orthodoxe kommunistische Gruppen ziehen Personen an, die Gewißheiten wollen und eine „Ersatzreligion“ und „Ersatzfamilie“ suchen. Gruppen, die beides versprechen, zielen insbesondere auf junge Studenten und Schüler, die aus idealistischen Gründen die Welt verändern wollen.

Vor allem eines ist aber geblieben: Abgesehen von wenigen älteren Kommunisten wird die linksextreme Szene weiterhin von jungen Leuten geprägt. Sie glauben, für die „richtige Sache“ zu kämpfen, die auch den Einsatz von (revolutionärer) Gewalt rechtfertigt. Wohin die Utopie, der sie anhängen, bisher beim Versuch der Realisierung führte, klammern sie weitgehend aus. Das revolutionäre Selbstbild duldet keine Beschädigungen durch historische Realitäten.

Nur eine Minderheit der heutigen linksradikalen Jugendlichen ist persönlich gewaltbereit und propagiert die Anwendung von Gewalt gegen Sachen und auch gegen Personen hier und heute. Für diese ist die von ihr ausgeübte Gewalt identitätsstiftend und mitunter berauschend – eine Gemeinsamkeit, die sie mit gewaltbereiten jugendlichen Rechtsextremisten und Hooligans teilen. Wie bei gewaltbereiten Rechtsextremisten auch stellt

sich die Frage, ob gewalttätige Linksextremisten nicht schon vor ihrer Politisierung durch aggressives und gewalttätiges Verhalten auffielen. Eine antizivile Komponente, die Gewalttäter auszeichnet, ist zweifelsohne bei vielen von ihnen vorhanden. In welche Szene aggressive und gewaltbereite Jugendliche rutschen, hängt oft von dem persönlichen Umfeld und von Zufällen ab.³¹

Die meisten radikalen linken Jugendlichen sind politisch aktiv, jedoch nicht Mitglied in einer bestimmten Organisation, sondern schließen sich zu verschiedenen Anlässen und Aktionen kleineren Gruppen an. Da sie jegliche Zwänge ablehnen, steht diese Form von unverbindlichem politischem Engagement in Einklang mit ihrem politischen Weltbild.

An der Gewaltfrage scheiden sich die Geister. Diejenigen, die Deutschland nicht für eine Demokratie halten und einen radikalen Systemwechsel befürworten, vertreten die Auffassung, politische motivierte Gewalt sei prinzipiell gerechtfertigt. Nur wenige befürworten Gewalt konkret in der aktuellen Situation. Anders verhält es sich mit der Gewalt gegen Sachen – eine sehr breite Mehrheit radikaler linker und eine Minderheit gemäßiger linker Jugendlicher hält sie prinzipiell für gerechtfertigt. Gemäßigte Linke lehnen überwiegend politisch motivierte Gewalt gegen Personen ab und befürworten sie nur, wenn es zum Beispiel gegen Rechtsextremisten geht. Sie differenzieren zwischen politisch links und politisch rechts motivierter Gewalt. Letztere entspringe einer menschenverachtenden Ideologie, während erstere politische hehre Ziele anstrebe. Linksextremen Gewalttätern wird ein offeneres und toleranteres Menschenbild zugesprochen. Radikale und gemäßigte linke Jugendliche lehnen die Gleichsetzung von gewalttätigen Links- und Rechtsextremismus ab und betonen die unterschiedlichen Inhalte und Ziele, die einer Gleichsetzung entgegenstünden.

Die Begründungen für linksextreme Gewalttaten wirken oftmals – nicht nur sprachlich – wie nachgeschobene Argumente für ausgelebte Aggressivität. Das linksextreme Personenpotential ist freilich begrenzt und stellt sicherlich keine Gefährdung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung dar, vergiftet aber das politische Klima und die Diskussionskultur in bestimmten Bereichen, wo Linksextreme eine gewisse Dominanz ausüben. Ihren Kampagnen, die sie nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten führen, haftet oftmals ein denunziatorischer Charakter an. Gegen politisch mißliebige Personen stellen sie sich eine Selbstermächtigung auch zur Ausübung von Gewalt aus. Die in den letzten Jahren stark gestiegene Zahl politisch links motivierter Gewalttaten stellt ein beredtes Zeugnis hierfür dar.³²

Linksextremisten spielen sich – damals wie heute – als Revolutionswächter und Gedankenpolizei auf; sie möchten vorschreiben, was zu tun, zu denken und zu lassen ist. Dies mag ihnen in ihren Milieus mitunter auch gelingen. Mit diesem Verständnis von Politik geraten sie aber in eine doppelte Frontstellung: Sie stehen nicht nur gegen die Vertreter des Establishments, sondern auch gegen die breite Masse der Bevölkerung. Mit ihrer Gewaltausübung bringen sie gemäßigte Linke gegen sich auf, die befürchten, Gewaltexzesse würden die Themen überlagern und diskreditieren, mit denen die Linke ihre Basis verbreitern könnte. Die freiheitliche Demokratie können sie jedoch nur dann aufweichen, wenn ihren demokratiefeindlichen Auffassungen nicht mit überzeugenden Argumenten widersprochen wird.

31 Vgl. Erb, Rainer: Die linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2011.

32 Vgl. u. a. die Verfassungsschutzberichte 2013 aus Hamburg und Berlin.